

Stellungnahme der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer zum Entwurf des „Thüringer Gesetzes zur Entwicklung sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen“

Vorgelegt nach Aufforderung

Sehr geehrte Frau Sozialministerin Taubert,
Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende Meißner,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer begrüßt die Pläne der thüringischen Landesregierung, die Vernetzung von ambulantem und stationärem Sektor in Thüringen zu verbessern und von der Möglichkeit des § 90 a SGB V Gebrauch zu machen.

Das gesetzliche vorgesehene Ziel des § 90 a SGB V ist es, Empfehlungen zur sektorenübergreifenden Versorgung zu geben. Gerade die Übergänge zwischen der ambulanten und stationären Versorgung sind an vielen Stellen problematisch und nicht zufriedenstellend für Patienten, Ärzte und Psychotherapeuten.

Der thüringische Gesetzentwurf sieht in § 3 neben den gesetzlich vorgeschriebenen ständigen Mitgliedern auch die Landesärztekammer Thüringen mit zwei Stimmen vor. Um das implementierte Ziel des § 90 a SGB V einer besseren integrierten Versorgung zu erreichen, ist es nicht ausreichend, nur die ärztliche Versorgung im Auge zu haben. Die Menschen im Freistaat Thüringen haben einen Anspruch auf eine ärztliche und psychotherapeutische Versorgung.

Die Mitglieder beider Kammern, der Landesärztekammer und der Psychotherapeutenkammer, sind sowohl im ambulanten Bereich als auch in stationären Einrichtungen an der Versorgung beteiligt. Für eine Koordination beider Sektoren sind daher diese beiden Kammern wichtige Ansprechpartner. Wir sehen es als nicht ausreichend und nicht zielführend an, die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer in § 5 Absatz 1 nur als nichtständiges Teilnehmer des Gemeinsamen Landesgremiums vorzusehen.

Die hohe Krankheitslast im Bereich der psychischen Krankheiten¹ erfordert, dass die psychische Gesundheit in der gesamten Gesundheitsversorgung als Querschnittsthema mitgedacht wird. Daher ist nicht nur die sektorenübergreifende Behandlung primär psychischer Erkrankungen, sondern auch die Behandlung somatischer Krankheiten (z.B. Diabetes mellitus, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, onkologische Erkrankungen), für deren Verlauf auch psychische- und Verhaltensaspekte häufig eine maßgebliche Rolle spielen, in die Beratungen einzubeziehen. Psychotherapeutische Teilgebiete wie Psychodiabetologie, Psychoonkologie oder Schmerzpsychotherapie haben in ihrer Bedeutung stark zugenommen. So werden zum Beispiel Tumorhandlungszentren nicht mehr zertifiziert, wenn sie keine psychoonkologische Behandlungskompetenz vorhalten.

Die Zunahme psychischer Krankheiten und die damit verbundenen Folgekosten bestätigen auch aktuelle Zahlen aus 2012. Die DAK-Gesundheit berichtet, dass psychische Erkrankungen bei den Krankschreibungen erstmals im abgelaufenen Jahr auf Platz 2 nach den Muskel- und Skeletterkrankungen gerückt sind². Ein ähnliches Bild mit größeren finanziellen Folgen für die Gesamtbevölkerung ergibt sich beim Anblick der Zahlen der Rentenversicherung. Von den 178 000 genehmigte Renten wegen Erwerbsminderung im Jahr 2011 waren allein 75 000 wegen psychischer Erkrankungen. Das ist eine Zunahme gegen über dem Jahr 2006 von 20 000³.

Die Gründe für diese veränderte Morbidität in der Bevölkerung dürften vielfältig sein. Um den hohen Versorgungsbedarf decken zu können, ist eine effektive Zusammenarbeit zwischen ambulantem und stationärem Sektor notwendig. Im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung in Thüringen sollten psychotherapeutische Aspekte regelmäßig in die Arbeit des Gemeinsamen Landesgremiums einbezogen werden. Ein Einbezug lediglich „bei Bedarf“ könnte die fachlich gebotene Versorgungsqualität wesentlich beeinträchtigen und die gebotene Verbesserung der Behandlungspfade verhindern.

Wir bitten daher, die Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer in den Kreis der ständigen Mitglieder aufzunehmen, und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

¹ für aktuelle Zahlen zur Krankheitslast von psychischen Krankheiten siehe u.a. die „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“ (DEGS) des Robert-Koch-Instituts (<http://www.degs-studie.de/>) und den DAK-Gesundheitsreport (http://www.dak.de/content/filesopen/Gesundheitsreport_2012.pdf)

² <http://www.gerechte-gesundheit.de/news/aktuell/detail/news-eintrag/2013/1028.html> in: Newsletter Gerechte Gesundheit vom Januar 2013.

³ http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/article/817994/gestoerte-psyche-haeufigste-ursache-erwerbsminderungsrente.html?sh=44&h=-1160073785 in: Ärztezeitung online vom 13.7.2012.

Für Rückfragen und weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Leipzig, den 1. Februar 2012

*Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer
Kickerlingsberg 16
04105 Leipzig*

*Tel. 0341 4624320
Fax 0341 46243219
info@opk-info.de*